

WIR MACHEN DAS KLAR.



GRÜNE ZEITUNG FÜR HANNOVER ZU DEN KOMMUNALWAHLEN AM 11. SEPTEMBER 2011

KandidatInnen

LOTHAR SCHLIECKAU



Ratskandidat im Wahlbereich 10 Linden-Limmer, 60 Jahre, Sozialarbeiter (grad.)

lothar.schlieckau@gruene-hannover.de

INGRID WAGEMANN



Ratskandidatin Wahlbereich 2 List, 54 Jahre, Sozialpädagogin

ingrid.wagemann@gruene-hannover.de

MICHAEL DETTE



Ratskandidat im Wahlbereich 7 Südstadt-Bult, 53 Jahre, Eisenbahner

michael.dette@gruene-hannover.de

MAARET WESTPHELY



Ratskandidatin im Wahlbereich 1 Mitte, 37 Jahre, Geografin und Referentin im Landtag

maaret.westphely@gruene-hannover.de

PATRICK DRENSKE



Ratskandidat im Wahlbereich 13 Nord, 25 Jahre, Student

patrick.drenske@gruene-hannover.de

REGINE KRAMAREK



Ratskandidatin im Wahlbereich 6 Kirchrode-Bemerode-Wülferode, 52 Jahre, Designerin

regine.kramarek@gruene-hannover.de

MARK BINDERT



Ratskandidat im Wahlbereich 8 Döhren-Wülfel, 42 Jahre, Dipl. päd. Jugendbildungsreferent

mark.bindert@gruene-hannover.de

FÜR MEHR GERECHTIGKEIT

Teilhabe durch frühkindliche Förderung und integrative Bildung verwirklichen

Die Bildungschancen unserer Kinder werden immer noch maßgeblich durch ihre soziale Herkunft bestimmt. Gleichzeitig hängen die individuellen Perspektiven und Verwirklichungschancen in hohem Maße vom Bildungsabschluss ab. Der Schlüssel für mehr Chancengerechtigkeit und Teilhabe ist daher eine hochwertige ganztägige und integrative Schule, die es schafft, ungleiche Voraussetzungen der Kinder auszugleichen. Nur so können wir die Spirale der sozialen Ungleichheit überwinden – für ein selbstbestimmtes Leben ohne (Bildungs-)Armut und Ausgrenzung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hannover setzen sich daher, trotz ausbleibender Unterstützung durch die schwarz-gelbe Landesregierung, für den weiteren Ausbau der Integrierten Gesamtschulen (IGS) ein und unterstützen bereits durch umfangreiche strukturelle und finanzielle Hilfen ein Ganztagsschulprogramm, mit dem bis 2012/13 von 56 Grundschulen 25 zu Ganztagsschulen ausgebaut werden sollen. Die steigende Nachfrage nach der Schulform der IGS und das Interesse vieler Schulen an einem Ganztagsprogramm zeigen, dass wir

mit unserem grünen bildungspolitischen Leitbild auf dem richtigen Weg sind.

Wir wollen »Eine Schule für Alle«, die SchülerInnen in ihrer Heterogenität wahrnimmt, im Sinne der Chancengerechtigkeit bestmöglich unterstützt und sie darin stärkt, ihre vielfältigen und individuellen Talente zu entfalten. Alle SchülerInnen sollen – unabhängig von ihren Fähigkeiten oder Beeinträchtigungen sowie von ihrer ethnischen, kulturellen und sozialen Herkunft – miteinander in einer Schule lernen dürfen. Schule muss dabei im Sinne von »Inklusion« neu gedacht werden und sich räumlich, pädagogisch und inhaltlich verändern. Wir wollen uns für unsere Kinder gemeinsam mit Elterninitiativen, PädagogInnen und Behindertenverbänden auf diesen Weg begeben und dafür sorgen, dass hierfür die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Chancengerechtigkeit und Teilhabe beginnen aber schon mit einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung und einer integrativen Familienpolitik. Daher setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN trotz knapper Kassen für die qualitative und quantitative



Ausweitung der kommunalen Kinderbetreuung ein. Mit der Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren durch entsprechende Angebote wie zum Beispiel Elterncafés, Sprachkurse, Qualifizierungsangebote, Eltern-Kind-Aktivitäten und die Unterstützung von Rucksackprojekten, Stadtteilmüttern und Eltern-Kind-Gruppen wollen wir die Beratungskompetenz und die Mitarbeit der Eltern von Anfang an stärken. Zusätzlich machen wir uns für die grundsätzliche Vereinfachung der Übergänge vom Kindergarten zur Schule,

aber auch von der Grundschule zur weiterführenden Schule und von dort in den Beruf stark.

Bei all diesen Prozessen wollen wir Grüne neue und kreative Beteiligungsformen für Jugendliche weiterentwickeln, zum Beispiel unser erfolgreiches Projekt »pimp your town«. Kommunalpolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten der Jugendlichen stärkt, ihrer Meinung Gehör schenkt und diese auch in Entscheidungsprozesse mit einbezieht. Für unsere Kinder – für unsere Zukunft! ■

GRÜNE JOBS SIND MACHBAR

Sichere Beschäftigung und konsequente Förderung zukunftsfähiger Arbeitsplätze



Ökologie und Wirtschaft sind kein Widerspruch, sondern müssen zusammen gedacht werden. Auch in Hannover sind die sogenannten grünen Branchen von Umwelttechnologien bis zum Handwerk ein Garant für mehr und sichere Beschäftigung. Zentraler Handlungsschwerpunkt ist dabei, Arbeit mit ökologischen Anforderungen zu verknüpfen. Beispiele hierfür sind Maßnahmen wie das Klimaschutzpro-

gramm, ökologische Vorgaben für das Bauen und Förderungen über proklima.

Ein zentraler Jobmotor ist in diesem Prozess hannoverimpuls. Hier wurden durch eine gezielte Förderung von Zukunftsbranchen über 20.000 Arbeitsplätze geschaffen. Wichtige Bausteine grüner Wirtschaftsförderung sind darüber hinaus nach wie vor die Stärkung der lokalen Ökonomie in den

Stadtteilen, die Unterstützung von Existenzgründungen sowie die Förderung regionaler Landwirtschaft durch Bauernmärkte. Das Programm Ökoprotit stärkt Betriebe wirtschaftlich durch Umweltschutzinvestitionen. Wichtig ist auch das Beratungsprogramm eco.bizz für Energieeffizienz und Kosteneinsparung.

Aber auch als Auftrags- und Arbeitgeberin ist die Landeshauptstadt ein zentraler Akteur für die Stärkung der hannoverschen Wirtschaft und einen nachhaltigen Umbau. Über die Sanierung von Kitas und Schulen mit jährlich über 50 Millionen Euro wird eine Vielzahl von Jobs in Firmen Hannovers und aus der Umgebung gesichert bzw. geschaffen. Davon profitieren aber auch das Klima und natürlich die Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt. Rund zehntausend Menschen sind in der Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover beschäftigt. Wir Grünen sind ein Garant dafür, dass sie auch zukünftig zu fairen Tarifbedingungen für diese Stadt arbeiten.

Grüne setzen sich für einen Erhalt der städtischen Beteiligungen und Eigenbetriebe von den Stadtwerken bis zur Stadtentwässerung ein. Mit diesen sind enorme volkswirtschaftliche Effekte verbunden, direkt und indirekt sorgen sie für etwa 28.000 Arbeitsplätze. Kurzfristigen Privatisierungsmaßnahmen erteilen wir daher eine klare Absage. Eine Sanierung der städtischen Finanzen darf nicht auf Kosten der politischen Handlungsfähigkeit und auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen.

Wir werden die Wirtschaftsförderung im Sinne grüner und zukunftsfähiger Arbeitsplätze fortsetzen, insbesondere für kleine und mittlere Betriebe sowie das Handwerk. Dazu gehört dem Fachkräftemangel zu begegnen und in der Kreativwirtschaft positive Akzente für Arbeitsplätze zu setzen. Wir werden dafür sorgen, dass sich der Umwelttechnologie-Standort Hannover durch innovative Entwicklungen für energiesparende Fahrzeuge und Zulieferteile weiter profiliert. ■

KandidatInnen

FREYA MARKOWIS



Ratskandidatin im Wahlbereich 4 Buchholz-Kleefeld, 27 Jahre, Diplom Sozialwirtin

freya.markowis@gruene-hannover.de

BELIT ONAY



Ratskandidat im Wahlbereich 3 Bothfeld-Vahrenheide, 30 Jahre, Doktorant und Referent im Landtag

belit.onay@gruene-hannover.de

SELIN ARIKOGLU



Ratskandidatin Wahlbereich 9 Ricklingen, 28 Jahre, Sozialarbeiterin im Männerstrafvollzug (berufsbegl. Masterstudium)

selin.arikoglu@gruene-hannover.de

DR. DANIEL GARDEMIN



Ratskandidat im Wahlbereich 14 Vahrenwald, 43 Jahre, Sozialwissenschaftler

daniel.gardemin@gruene-hannover.de

SABINE NOLTE-VOGT



Ratskandidatin im Wahlbereich 11 Ahlem-Badenstadt-Da-venstedt, 59 Jahre, Angestellte

sabine.nolte-vogt@gruene-hannover.de

EBERHARD MECKLENBURG



Ratskandidat im Wahlbereich 12 Herrenhausen-Stöcken, 52 Jahre, EDV-Fachmann

eberhard.mecklenburg@gruene-hannover.de

SANTO VITELLARO



Ratskandidat im Wahlbereich 5 Misburg-Anderten, 50 Jahre, Lehrer

santo.vitellaro@gruene-hannover.de

MOBILITÄT FÜR DIE ZUKUNFT

Verkehr umweltverträglich, sozial und sicher gestalten

Ziel grüner Politik ist es, allen Menschen zu ermöglichen, umweltverträglich und sicher in Hannover mobil zu sein. Dazu gehört, die sozialen Zugangshürden und andere Barrieren abzubauen, damit alle Menschen am Verkehr teilnehmen können. Auch die Verkehrssicherheit insbesondere für Kinder und SeniorInnen muss erhöht werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, den verkehrsbedingten CO₂-Ausstoß, den Lärm und die Luftschadstoffe sowie den Flächenverbrauch drastisch zu reduzieren, um so die urbane Lebensqualität in Hannover zu steigern.

Die Verkehrssicherheit in Hannover wollen wir weiter verbessern und insbesondere die Zahl der Verkehrsunfälle mit Kindern drastisch senken. Dafür sind mehr Geschwindigkeitsanzeigen und -kontrollen ebenso wie mehr verkehrsberuhigte Bereiche, der Rückbau freier Rechtsabbieger Spuren und Tempo 30 in den Wohnquartieren notwendig. In der Innenstadt und auf besonders belasteten Hauptverkehrsstraßen fordern wir Tempo 40 – auch als Beitrag zur Reduzierung von Lärm und Luftschadstoffen.

Umweltfreundliche Mobilität

Um den verkehrsbedingten CO₂-Ausstoß in Hannover zu reduzieren, setzen wir Grünen uns für umweltverträgliche Mobilitätsformen wie Fuß-, Rad- und Öffentlichen Personennahverkehr



(ÖPNV) sowie Car-Sharing und Elektro-Mobilität ein, um dadurch Alternativen zum motorisierten Individualverkehr weiter auszubauen. Zur Stärkung des Radverkehrs wollen wir das gesamtstädtische Radroutennetz durch die Schließung von Lücken und weiteren Fahrradstraßen weiter ausbauen.

Heute sind Verkehrs- und Parkplatzflächen häufig überdimensioniert. Wir wollen diesen Raum für FußgängerInnen und RadfahrerInnen zurückgewinnen. Der Wettbewerb Hannover City 2020+ hat für die Innenstadt bereits entsprechende Entwürfe erbracht, die einen Rückbau der Verkehrs- bzw. Parkplatzflächen vorsehen. Diesen Ansatz wollen wir in den nächsten Jahren von der Innenstadt auf die verschiedenen Stadtbezirke übertragen.

MEHR TEILHABE

Solidarität mit Leben füllen, den Hannover-Aktiv-Pass weiter entwickeln



Die Schere zwischen Arm und Reich klappt in Deutschland immer weiter auseinander. Und immer häufiger gilt: Wer nichts hat, muss draußen bleiben. Besonders Kinder und Jugendliche sind zunehmend von Armut und der damit verbundenen Ausgrenzung betroffen. Dabei geht es nicht nur ums Geld, sondern vor allem um die Möglichkeit, an Bildung, Kultur, Sport und Freizeit teilzuhaben. In der letzten Wahlperiode ist deshalb aufgrund einer grünen Initiative der Hannover-Aktiv-Pass auf den Weg gebracht worden.

Den Hannover-Aktiv-Pass erhalten Familien, die auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld angewiesen

sind, die Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung benötigen und AsylbewerberInnen. Mit diesem Pass haben sie die Möglichkeit der Teilhabe, indem sie vielfältige Ermäßigungen erhalten, die durch die Stadt finanziert werden. Im Gegensatz zum bürokratischen Aufwand, der mit dem Bildungs- und Teilhabepaket der schwarz-gelben Bundesregierungen verbunden ist, wird der hannoversche Pass den Berechtigten ohne Antrag automatisch zugeschickt. Mit diesem Pass können Kinder und Jugendliche zahlreiche Freizeit- und Bildungseinrichtungen wie Bäder, Museen oder Bibliotheken zu reduzierten Preisen besuchen. Für Sportvereine wird von der Landeshauptstadt der Jahresbeitrag von bis zu 120 Euro übernommen.

Von Anfang an war der Hannover-Aktiv-Pass auf Weiterentwicklung angelegt. Deshalb werden wir uns unter anderem dafür einsetzen, dass auch Familien mit geringem Einkommen in den Kreis der Berechtigten aufgenommen werden und dass die Angebote um Dienstleistungen aus Einzelhandel, Handwerk, Wirtschaft und Gesundheit erweitert werden. Darüber hinaus streben wir die Verknüpfung des Passes mit anderen Angeboten wie dem Bildungspaket des Bundes an, um

ENERGIEWENDE JETZT

Für Klimaschutz und einen konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien

Grüne Energiepolitik in Hannover setzt auf Energieeinsparung, zentrale und dezentrale Kraftwärmekopplung und die Nutzung erneuerbarer Energien. Durch ein gut funktionierendes Netzwerk aus Klimaschutzleitstelle in der Stadtverwaltung und zahlreichen Institutionen von der Klimaschutzagentur über die Wirtschaftsförderung hannoverimpuls bis zu den Stadtwerken wollen wir die bundesweite Vorreiterrolle Hannovers bei der Energiewende weiter ausbauen und dabei zugleich neue Arbeitsplätze schaffen.

Bereits kurz nach der Katastrophe von Tschernobyl beschloss der Rat auf grüne Initiative am 26. Juni 1986 den Ausstieg Hannovers aus der Atomenergie. Mit dem im Jahr 2008 vom Rat verabschiedeten Klimaschutzaktionsprogramm haben wir uns darüber hinaus in Hannover zum Ziel gesetzt, den lokalen CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Neben dem Energiesparen sind dafür verstärkte Anstrengungen beim Ausbau der regenerativen Energieerzeugung in Hannover nötig.

Investition in die Zukunft

Bereits heute stammen 20 Prozent des Strombedarfs für hannoversche Privathaushalte aus regenerativer Energieerzeugung. 2020 sollen 100 Prozent des Stroms für alle VerbraucherInnen in Han-

nover, inklusive Industrie und Gewerbe, aus erneuerbarer Energieerzeugung plus Kraft-Wärmekopplung stammen. Wie dringend notwendig diese Energiewende weg von der Atomenergie und hin zu den erneuerbaren Energien ist, hat die nukleare Katastrophe in Japan auf dramatische Weise deutlich gemacht. Wir Grünen begrüßen deshalb den Beschluss der Stadtwerke, bis zum Jahr 2020 590 Millionen Euro in die regenerative Energieerzeugung zu investieren.

Hannover ist durch hartnäckige grüne Politik auf dem besten Weg, nicht nur den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent zu senken, sondern sogar bis 2050 zur klimaneutralen Stadt zu werden – mit 100 Prozent weniger CO₂ durch 100 Prozent mehr erneuerbare Energien.



Termine

Jürgen Trittin kommt

Am **Samstag, den 03. September**, laden die Grünen ab **11:00 Uhr** zur Wahlkampfhöhepunktveranstaltung mit Jürgen Trittin, dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Bundestag, an der Marktkirche ein. Neben einem bunten Programm wird es vor Ort die Gelegenheit geben, grüne Kandidatinnen und Kandidaten kennen zu lernen.

Infostände

In der Innenstadt und vor Ort in den Stadtteilen werden Grüne in den Wochen vor der Wahl mit zahlreichen Infoständen präsent sein. An diesen informieren Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten gerne über die grünen Forderungen und bieten die Möglichkeit zur Diskussion.

Kommunalwahl und Party

Erst Grün wählen, dann grün feiern: Am **Sonntag, den 11. September**, sind die Kommunalwahlen und anschließend ab **18:00 Uhr** die grüne Wahlparty in der Faust-Warenannahme (Zur Bettfedernfabrik 3).

Mehr Infos

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Aktionen und Terminen sowie zu unseren inhaltlichen Forderungen sind online unter www.gruene-hannover.de zu finden.

POLITIK AUF AUGENHÖHE

Silke Stokar, Regionskandidatin im Wahlbereich 1, steht für mehr BürgerInnenbeteiligung.



len sie durch BürgerInnen-Foren vor Ort ergänzen. Hier soll auf Augenhöhe zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen informiert, diskutiert und entschieden werden.

Darüber hinaus wollen wir ein BürgerInnen-Forum für eine familiengerechte Region Hannover einrichten. Fragen wie Kinderarmut, Integration oder demografischer Wandel sollen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert und die besten Empfehlungen als Anträge in die Regionsversammlung eingebracht werden.

Das vielfältige ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist unverzichtbarer Bestandteil der politischen Kultur. Demokratie braucht eine aktive Zivilgesellschaft, die mitgestalten und mitentscheiden will. Viele Menschen helfen mit, erheben aber auch den Anspruch, dass ihr Wissen und ihre Erfahrung in politische Entscheidungsprozesse einfließt. Durch zusätzliche Instrumente wollen wir die aktive BürgerInnenbeteiligung in der Region Hannover stärken.

Wenn sich das Lebensumfeld verändert, löst dies oft Ängste und Abwehr aus. Nur wer die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an beteiligt, kann Verständnis erreichen. Die bisherigen Beteiligungsverfahren im Planungsrecht sind oft nur für Fachleute und JuristInnen durchschaubar. Wir wol-

Die »öffentliche« Verwaltung wollen wir in eine »offene« Verwaltung umwandeln. Im Internet soll der freie Zugang zu Verwaltungswissen ermöglicht werden. Die Haushaltsberatungen sollen durch einen BürgerInnenhaushalt begleitet werden. Dort können Vorschläge eingebracht und Empfehlungen abgegeben werden.

Auch die eigene Fraktionsarbeit wollen wir offener gestalten. Unsere Vorschläge: Einmal im Monat eine auch für Nichtmitglieder offene Fraktionssitzung. Offene Arbeitsgruppen können Empfehlungen für die Fraktion vorbereiten.

Wir sind an Ihren Ideen für mehr BürgerInnenbeteiligung interessiert. Mailen Sie uns ihre Vorschläge an:

silke.stokar@gruene-hannover.de.

UNSER ZIEL: KLIMANEUTRAL

Brigitte Nieße, Regionskandidatin im Wahlbereich 7, steht für konsequenten Klimaschutz.



die Windenergie. In einzelnen Gemeinden der Region kann sie bereits heute einen großen Teil des Energiebedarfs decken. Die Region hat mit der Ausweisung von Vorrangflächen viel dazu beigetragen. Nun, da die meisten Flächen entwickelt sind, streben wir eine Verdopplung der Leistung von 300 auf 700 MW an.

Im Energiemix unverzichtbar ist auch die Gewinnung von Gas und Strom in Biomasseanlagen. Vor Ort wird die Diskussion um solche Anlagen teilweise auch von Grünen kontrovers geführt. Die direkten Folgen für Natur und Landschaft gilt es hierbei zu bedenken und über Umbruchverbote und Schutzflächen einzuzugrenzen.

In der Region haben wir in den letzten Jahren mit Förderprogrammen das Energieeinsparen in den privaten Haushalten unterstützt. Die Erfolge sind belegt, zum Beispiel durch individuelle Beratung mit der prämierten Kampagne »Gut beraten starten« der Klimaschutzagentur. Der Anfang ist gemacht, aber es gibt noch viel zu tun.

Nicht zuletzt dafür brauchen wir einen »Klimaschutzpakt Region Hannover« mit den Kommunen und den Beteiligten aus der Wirtschaft. Er wird zum Träger der Energiewende in der Region auf der Grundlage eines regionalen Energiekonzepts, das den Anteil regenerativer Energien erhöht.

Mit der Gründung der Region ist 2001 ein wichtiger Schritt hin zur gemeinsamen Gestaltung des vielfältig verflochtenen Siedlungsraumes Hannover getan worden. Ziel war es, die zentralen sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Aufgaben in regionaler Kooperation zu bewältigen, ohne die kommunale Eigenständigkeit aufzugeben.

In der kommenden Wahlperiode werden der Klimaschutz und die Energiewende in der Regionsentwicklung zu zentralen Handlungsfeldern werden.

Der Weg zu einer klimaneutralen Region Hannover sollte nicht nur Vision bleiben, sondern sich in konkreten Maßnahmen widerspiegeln.

Eine tragende Säule der erneuerbaren Energieerzeugung ist

KandidatInnen

**MEIKE SCHÜMER
WAHLBREICH 2**



Ich möchte daran mitarbeiten, die Region Hannover zu einer zukunftsweisenden Region zu machen, insbesondere was soziale Fragen und den Klimaschutz angeht.

Ich setze mich für mehr Radwege und Abstellanlagen und einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs ein. Die Sicherheit im ÖPNV möchte ich durch mehr Notrufsäulen und mehr Fahrgastbegleitung erhöhen. Außerdem setze ich mich für eine vergünstigte Monatskarte für finanziell Schwache ein. Weitere Anliegen sind mir die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

**FRIEDERIKE KÄMPFE
WAHLBREICH 3**



In vielen gesellschaftlichen Bereichen werden Menschen noch immer aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert - das müssen wir ändern!

In meinem Engagement für Demokratie und Menschenrechte geht es mir auch um den Einsatz gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Dies bedeutet auch, auf den so genannten Alltagsrassismus hinzuweisen und rassistische Strukturen aufzuzeigen.

Für die Partizipation von BürgerInnen an politischen Entscheidungsprozessen ist es notwendig, dass Informationen leicht zugänglich gemacht werden. Dazu gehört die Einführung einer kommunalen Informationsfreiheitsgesetz.

**IGNAZIO PECORINO
WAHLBREICH 4**



Meine Schwerpunkte sind Inklusion, Partizipation und globale Verantwortung.

Die Umsetzung des Inklusionsgedankens bedarf klarer Strukturen und professionellen Handelns mit einer adäquaten Ressourcenverteilung. Enorm wichtig ist die Zusammenarbeit mit den Eltern.

Für wahre Integration brauchen wir drei Schritte: Identifikation, Partizipation und Übernahme von Verantwortung. Die Gesellschaft wünscht Identifikation, ist aber systemisch nicht auf Partizipation eingestellt, daran müssen wir arbeiten. Zur globalen Verantwortung gehört, die Auswirkungen unseres Verhaltens auf lokaler Ebene zu bedenken.

**ANDREAS LITZKE
WAHLBREICH 8**



Echte Demokratie braucht ein breites Engagement in der Bevölkerung. Ich möchte mich in der Regionsversammlung vor allem für Naherholung, Kultur und Umweltschutz einsetzen. Was wir brauchen, sind mehr und bessere Möglichkeiten in unserer unmittelbaren Nähe, um Abstand von unserem hektischen Alltag zu gewinnen. Nur so finden wir die Kraft, die uns zu den nötigen Veränderungen in unserer Gesellschaft befähigt. In einer Welt, in der sich fast alles nur noch um Profit und immer mehr Leistung dreht, brauchen wir Räume, in denen wir das, was das Leben lebenswert macht, wieder entdecken.

FAIR ZU MENSCH UND TIER

Ulrich Schmiersow, Regionskandidat im Wahlbereich 14, steht für ökologische Landwirtschaft.



Grundwasser und Böden. Auch müssen für die BäuerInnen Einkommensalternativen zur agroindustriellen Tierhaltung ermöglicht werden. Wir unterstützen deshalb Betriebe bei der Umstellung auf ökologische Landwirtschaft und möchten regionale ökologisch wirtschaftende ErzeugerInnengemeinschaften fördern.

Die Firma Rothkötter baut vor den Toren der Region Hannover in Wietze einen Schlachthof für 135 Millionen Hennen im Jahr. Landwirte im Umkreis von 150 km werden gezielt angeworben, Tierfabriken zu bauen. Deshalb sind in der Region Hannover diverse Massentierställe geplant. Ganz machtlos gegenüber dem Stallbauboom ist die Kommunalpolitik nicht. Zwar muss die Region die Vorgaben von Land und Bund vollziehen, doch wurde durch die Verschärfung der Brandschutz- und anderer Umweltauflagen die Genehmigung zahlreicher Stallbauvorhaben erschwert und teilweise verhindert. Auch hat Rot-Grün eine Resolution gegen den Bau von Agrarfabriken eingebracht, die Verbesserungen für den Tierschutz, die BürgerInnenrechte bei den Genehmigungsverfahren und den VerbraucherInnen-schutz fordert.

Wir Grüne setzen uns mit aller Kraft von der kommunalen bis zur europäischen Ebene für eine nachhaltige, umwelt- und tiergerechte Landwirtschaftspolitik ein. Wir engagieren uns gemeinsam mit BürgerInneninitiativen gegen die von Schwarz-Gelb durch hohe Subventionen geförderten Agrarfabriken. Der Schutz der AnwohnerInnen vor Geruch, Lärm und Krankheitskeimen ist uns genau so wichtig wie ein verbesserter VerbraucherInnen-schutz.

Wir wollen einen verantwortungsvollen Umgang mit Tieren sowie den natürlichen Ressourcen wie

GREEN NEW DEAL

Hinrich Burmeister, Regionskandidat im Wahlbereich 5, steht für nachhaltige Wirtschaftspolitik.



Ein wichtiger Baustein ist dabei die von Region und Landeshauptstadt getragene Wirtschaftsinitiative hannoverimpuls. Besonders in den Fokusbranchen Energiewirtschaft, Gesundheitswirtschaft sowie Kultur- und Kreativwirtschaft sehen wir Chancen für neue Jobs in der Region Hannover. Die erfolgreiche Gründungsförderung wollen wir weiter stärken, unter anderem durch den regionalen Beteiligungsfonds Invest-Impuls.

Die verstärkte energetische Sanierung der Regionsgebäude, der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Stärkung des ÖPNV – all das bringt neue Arbeitsplätze.

Die Minderung des Fachkräftemangels ist eine Voraussetzung für qualifiziertes Wirtschaftswachstum. Wir wollen dafür sorgen, dass die Koordinierungsstelle Bildung und Beruf zusammen mit dem regionalen Bildungsbeirat die Kooperationsvereinbarung »Bildung und Beruf« mit Leben erfüllt. In den Instrumenten der kommunalen Beschäftigungspolitik sehen wir die besten Möglichkeiten, arbeitslosen Menschen bessere Chancen auf dem regionalen Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Wir werben für einen »Green New Deal« in der Region Hannover, einen Grünen Neuen Gesellschaftsvertrag. Im Kern bedeutet das, nicht auf Kosten anderer zu leben. Der »Green New Deal« soll ein nachhaltiges Fundament für eine Wirtschaft legen, die sparsamer mit den kostbaren Ressourcen umgeht und Arbeitsplätze mit Zukunft schafft. Unser Grüner Neuer Gesellschaftsvertrag verbindet ökologische Fairness mit einer Politik der Teilhabe und sozialen Sicherheit. Er zielt darauf, allen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und neue Chancen zu eröffnen.

WIR MACHEN DAS KLAR.



KandidatInnen

FABIAN PETERS WAHLBREICH 10



Ich setze mich für die nachhaltige Gestaltung der Regionalplanung unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der BürgerInnen vor Ort ein. Ihre Meinung und Ideen müssen bei den Planungen Gehör finden. Für meinen Wahlbereich Langenhagen, Isernhagen und Burgwedel sind mir außerdem die Reduzierung des Verkehrslärms, die weitere Verbesserung des ÖPNV und die Entwicklung naturnaher Erholungsbereiche besondere Anliegen. Weitere wichtige Themengebiete sind für mich die Abfallentsorgung, der Klimaschutz und die Umsetzung von Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes vor Ort.

KATHRIN KUHFSS WAHLBREICH 11



Meine Ziele, Wünsche und Hoffnungen richten sich auf eine lebenswerte Welt für Morgen – mit den damit verbundenen Konsequenzen. Energiewende ist ein schönes Wort – ich versuche, die Inhalte zu erklären und weiter zu tragen, so dass sie jede und jeder versteht: Kinder, Jugendliche und Erwachsene in der Nachbarschaft, in der Gemeinde und im Beruf. – Damit aus Visionen Projekte werden und aus Ideen Taten! Mein Wahlspruch: Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst (John F. Kennedy).

ANNE DALIG WAHLBREICH 12



Die Bildung, Ausbildung und Integration von jungen Menschen sind mir ein wichtiges Anliegen. Nur durch eine gute Ausbildung haben wir die Möglichkeit, unseren Kindern ein festes Standbein für ihr weiteres Leben mitzugeben. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Lärminderung. Viele unserer Kommunen sind durch die Bundesstraßen und die Autobahn stark lärmelastet, dazu kommen Schienenverkehr und Fluglärm. Hier müssen wir etwas tun, denn Lärm macht krank. Für mich bedeutet Regionspolitik auch die Vernetzung der Kommunen untereinander. So können wir voneinander profitieren und viel erreichen.

Impressum

Herausgegeben von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtverband Hannover
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover

V.i.S.d.P.: Jan Haude

www.gruene-hannover.de
stadt@gruene-hannover.de

Redaktion: Jan Haude, Rahel Missal, Christian Günther, Dirk Musfeldt, Ruth Wenzel, Günter Wulfert, Dietmar Beck, Carolin Jaekel.

Gestaltung und Umsetzung:
KOMPAKTMEDIEN –
Die Kommunikationsbereiter GmbH, Berlin

Druck: Druck- und Verlagshaus Hagen-Bathey

SOLIDE UND GERECHT

Doris Klawunde und Raoul Schmidt-Lamontain über regionale Grüne Haushalts- und Sozialpolitik.

Redaktion: Die finanzielle Lage der Kommunen ist bundesweit angespannt. Wie sieht es in der Region Hannover aus?

Raoul Schmidt-Lamontain: Auch unsere Finanzlage ist angespannt.

Redaktion: Was sind die Ursachen für diese Situation?

Raoul Schmidt-Lamontain: Auf Bundes- und Landesebene werden oft Beschlüsse gefasst, die sich auf die Finanzen der Kommunen auswirken – die dafür notwendigen Mittel werden aber nicht zur Verfügung gestellt. Wir haben als Region zudem keine eigenen Steuereinnahmen. Die Gewerbesteuer und die Grundsteuer gehen direkt an die 21 Kommunen, wir bekommen über die so genannten Umlagen einen Teil davon ab. Trotzdem muss die Region die Sozialkosten tragen. So konnten wir im Jahr 2009 aufgrund unserer Sparbemühungen einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren, aufgrund der Finanzkrise ist aber im Folgejahr die Gewerbesteuer massiv heruntergegangen. Gleichzeitig sind die Sozialkosten gestiegen, da viele Menschen in der Folge der Krise ihren Unterhalt nicht mehr selbst erwirtschaften konnten. Unsere erfolgreiche Finanzpolitik wurde also durch die übertriebenen Spekulationen der Banken konterkariert.

Vor allem müssen wir immer wieder darauf hinweisen, dass die Kommunen unterfinanziert sind. Steuersenkungen in FDP-Manier sind nur finanzierbar zu Lasten der kommunalen Haushalte und damit zu Lasten von Bibliotheken, Schwimmbädern oder Theatern.

Redaktion: Wie sieht eine solide Grüne Haushaltspolitik aus?

Doris Klawunde: Bei den Ausgaben können wir kaum noch sparen, ohne nachhaltig in die Lebensqualität der Menschen einzugreifen. Wir wollen beispielsweise nicht bei den öffentlichen Verkehrsmitteln sparen, um weiterhin eine gute Alternative zum Auto bieten zu können.

Raoul Schmidt-Lamontain: Früher sind wir angetreten mit dem Slogan »wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt«. Dieser Spruch ist eigentlich auf nachhaltige Umweltpolitik bezogen, aber ebenso übertragbar auf grüne Finanzpolitik. Wir dürfen es uns nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen gemütlich machen, sondern müssen solide wirtschaften. In der Region Hannover sind wir auf einem guten Weg. Unsere kommunalen Unternehmen sind grundsolide. So konnten wir auf Privatisierungen verzichten und sichern gute Arbeitsplätze in der Region.

Redaktion: Was sind die Schwerpunkte Grüner Sozialpolitik in den kommenden fünf Jahren?

Doris Klawunde: Ich bin sehr glücklich, dass die SolidaRegion der Schwerpunkt unseres Wahlprogramms ist. Unser Ziel ist Teilhabegerechtigkeit für alle Menschen. Konkret werden wir einen Aktionsplan zu Inklusion für alle Lebensbereiche erstellen, um eine Teilhabe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben für sozial, gesundheitlich und körperlich beeinträchtigte Menschen zu ermöglichen. Hier gilt es, endlich die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen.

Besonders am Herzen liegt mir zudem die wachsende Kinderarmut



in der Region Hannover. Jedes zweite Kind in Hannover und jedes dritte Kind im Umland ist davon betroffen. Armut und schlechte Bildung bedingen sich gegenseitig. Wir werden alle kommunalen Möglichkeiten ausschöpfen um sozial benachteiligten Kindern einen gerechten Bildungszugang zu ermöglichen. Dazu gehören zum Beispiel der Ausbau der Krippen, Ganztags-Kita-Plätze und bedarfsgerechte Förderprogramme in den Bereichen Sprache und Gesundheit.

Raoul Schmidt-Lamontain: Mit der Einführung des Sozialtickets für Busse und Bahnen haben wir bereits einen wichtigen Schritt in Richtung Teilhabegerechtigkeit gemacht. Auch im Zoo gibt es mit dem Sozialticket einen Rabatt. Wir werden diese Angebote weiter ausbauen, auch in Zusammenarbeit mit den Kommunen der Region.

Doris Klawunde: Weitere Stichworte sind das selbstbestimmte Leben im Alter, der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit und der Ausbau der Präventionsmaß-

nahmen in den Bereichen Gesundheit und Jugendhilfe, um nur einige zu nennen.

Redaktion: Stichwort Gesundheit: Was sind die Grünen Ziele für eine gute Gesundheitsversorgung in der Region?

Doris Klawunde: Die Region Hannover ist einer der größten kommunalen Krankenhaus-Träger in der Bundesrepublik. Durch das einzigartige dezentrale Klinikangebot an zwölf Standorten in Hannover und dem Umland ist eine sehr gute wohnortnahe Versorgung möglich. Der Ausbau des Klinikums gerade in der ambulanten Versorgung wird eine weitere Aufgabe sein auf dem Weg zu Gesundheitszentren. Wir werden die gesundheitliche Prävention stärken. Dazu gehören Aufklärungsprogramme und ein umfassendes Beratungsangebot. Ein Schwerpunkt wird die Lebensmittelkontrolle und die Ausweitung und Vertiefung unseres Programms »Gesunde Lebensmittel aus der Region für die Region« sein.

DIE CHANCEN DER VIELFALT

Arifé Akcam-Hytrek, Regionskandidatin im Wahlbereich 13, steht für Integration.

Unsere heutige Kultur ist aus historischen, gesellschaftlichen, politischen und sozialen Faktoren gewachsen. Die deutsche Geschichte ist von Migrantinnen und Migranten mitgeprägt. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt in der Region Hannover über 20 Prozent. Für eine international offene Region ist dies ein Gewinn.

Nach vielen Generationen ist auch eine kulturelle Verschmelzung erkennbar. Einwanderinnen und Einwanderer bereichern mit ihren Kompetenzen unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft. Das darin liegende Potenzial wollen wir stärker als bisher nutzen.

Viele Menschen fühlen sich der Globalisierung gegenüber machtlos und ausgeliefert. Dies löst Existenzängste aus, die Vorurteile und Klischees bedingen. Eine gesellschaftliche Integration ist nur dann möglich, wenn Vorurteile, insbesondere gegenüber ethnischen und religiösen Minderheiten, abgebaut werden. Vorurteile können durch Aufklärung, Information oder Begegnungen und konkrete Erfahrungen in Urteile verändert werden.

Integration ist eine Herausforderung für die Politik, die wir aktiv



gestalten wollen. Unser Ziel ist die Herstellung von Chancengleichheit für alle sozialen und ethnischen Gruppen in der Region Hannover.

Konkret setzen wir uns beispielsweise für die Entwicklung einer Antidiskriminierungsrichtlinie für die Regionsverwaltung ein. Die interkulturelle Kompetenz der MitarbeiterInnen dort wollen wir stärken und den Anteil von Verwaltungspersonal mit Migrationshintergrund erhöhen. Zudem wollen wir Einbürgerungen verstärkt fördern und bewerben, da sie Partizipation vereinfachen.

DU WILLST MEHR?

Sende das ausgefüllte Formular bitte an:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Regionsverband Hannover
Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover
E-Mail: region@gruene-hannover.de

- Ja, ich möchte über aktuelle Veranstaltungen und Aktivitäten der Grünen bei mir vor Ort informiert werden.
- Ja, ich möchte Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden. Schickt mir bitte die notwendigen Unterlagen an meine Postadresse.

Vorname: _____

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

E-Mail: _____



Die Daten werden ausschließlich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zusendung der Mitgliedsantragsunterlagen verwendet. Diese Bekundung stellt noch keine Erklärung einer Mitgliedschaft bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dar.

WIR MACHEN DAS KLAR.

GRÜNE

